

Das Zeitalter des Imperialismus

Europäische Expansion

In Europa konnten die Staaten keine Gewichte mehr entscheidend verschieben, ihre Macht nicht mehr deutlich steigern, wenn sie keinen Krieg untereinander riskieren wollten. So richteten sich ihre Blicke auf die Gebiete außerhalb Europas. Eine neue Phase der „Europäisierung der Welt“, die Zeit des Imperialismus, begann (siehe Karte S. 257).

Great Britain – Greater Britain

Großbritannien war seit dem 17. Jahrhundert eine Weltmacht. Durch die Insellage standen den Briten die Seewege in die Welt offen. Gleichzeitig waren sie vor direkten militärischen Bedrohungen vom europäischen Festland her gut geschützt. Von dieser Position aus hatten sie erfolgreicher als die anderen Staaten ein Kolonialreich in Nordamerika und Ostasien aufbauen können.

Der Abfall der 13 nordamerikanischen Kolonien am Ende des 18. Jahrhunderts führte zu einer Wende. Zweifel kamen auf, ob es überhaupt sinnvoll sei, Kolonien zu besitzen. Der Handel funktionierte auch ohne solche Gebiete, die nur Schwierigkeiten und hohe Kosten verursachten. War es da nicht viel einfacher, den Kolonien Selbstverwaltung zu gewähren, aber Einfluss zu behalten und daraus wirtschaftlichen Vorteil zu ziehen? In den folgenden Jahrzehnten verfolgte die britische Politik weniger das Ziel, Kolonien zu erobern, als vielmehr den Waren der mächtigen britischen Industrie die Märkte in der Welt offenzuhalten.

Mitte des 19. Jahrhunderts trat jedoch ein erneuter Stimmungswandel ein. Die öffentliche Meinung begann, nach einer britischen Expansion über die ganze Welt – einem „Greater Britain“ – zu rufen. Die Briten seien als überlegenes Volk zur Herrschaft über den Globus bestimmt. Am 24. Juni 1872 erklärte der konservative Politiker Benjamin Disraeli diese Ideen zur Leitlinie seiner künftigen Kolonialpolitik. Seinen Anhängern rief er zu:

Es geht darum, ob Sie damit zufrieden sein wollen, ein bequemes England zu sein, das nach kontinentalen Prinzipien organisiert ist und in absehbarer Zeit einem unvermeidlichen Schicksal anheimfallen wird, oder ob Sie ein großes Land sein wollen, ein Land, in dem Ihre Söhne, wenn sie aufsteigen, zu überragenden Positionen gelangen und sich nicht nur die Wertschätzung ihrer Landsleute erwerben, sondern den Respekt der ganzen Welt.

Zwei Jahre später war Disraeli Premierminister. 1875 ließ er 40 Prozent der Aktien der Suez-Kanal-Gesellschaft für Großbritannien erwerben. Der Seeweg nach Indien war damit unter britischer Kontrolle. Im 18. Jahrhundert hatte sich Großbritannien gegen Frankreich hier durchsetzen können und seine kolonialen Besitzungen ausgedehnt. 1877 nahm Königin Viktoria auf Anraten Disraelis den Titel einer „Kaiserin von Indien“ an. In den folgenden Jahren wurden die kolonialen Erwerbungen im Fernen Osten und in Afrika konsequent vorangetrieben. Das eröffnete ein weites Feld für Investitionen, den britischen *Finanzimperialismus*, und zwar gerade zur Zeit der Großen Depression, in der in den Industrieländern die schlechte Konjunktur die Anlage von Kapital nicht lohnend erscheinen ließ. Ein gutes Drittel der britischen Auslandsinvestitionen ging in die eigenen Kolonien, während nur elf Prozent der französischen und weniger als zwei Prozent der deutschen Auslandsinvestitionen im eigenen Kolonialreich angelegt wurden.

République Française – Empire Français

Im Kampf mit Großbritannien hatte das Königreich Frankreich im 18. Jahrhundert fast seinen gesamten überseeischen Besitz verloren. Seit der Französischen Revolution war die öffentliche Stimmung gegen die Eroberung solcher Gebiete eingestellt. Gleichzeitig aber fühlten sich die Franzosen dazu berufen, ihre Kultur und ihre revolutionären politischen Errungenschaften in der Welt auszubreiten. Auch sehnten sich manche Franzosen danach, ihr im Krieg von 1870/71 gedemütigtes nationales Selbstbewusstsein durch eine machtvolle Kolonialpolitik wieder aufzurichten.

Nach den Worten des französischen Ministerpräsidenten Jules Ferry drängten wirtschaftliche Interessen die Völker Europas dazu, ihre Rivalitäten auf das Feld außereuropäischer Aktivitäten zu verlagern. Frankreich dürfe da nicht abseits stehen. 1882 fragte er seine Landsleute:

Ist dies der Augenblick, an dem Frankreich heimkehren, sich in sich selbst zurückziehen, sich auf eine Politik der Sesshaftigkeit, auf den häuslichen Herd beschränken kann – eine Politik, die im nächsten Jahrhundert für die zur Unterlegenheit verurteilten oder vom Niedergang bedrohten Völker kennzeichnend sein wird? Wir ersehnen für Frankreich eine andere Bestimmung.

Seit den 1880er-Jahren erweiterte Frankreich von seinen bestehenden kolonialen Besitzungen aus die überseeischen Gebiete. Im nördlichen Afrika entstand ein großes zusammenhängendes Kolonialreich, Kambodscha und Indochina in Südostasien wurden französisches Territorium. Bei dieser Ausbreitung trieben oftmals die Militärs auf eigene Faust – wie im Fashoda-Konflikt (siehe S. 253–255) – die Eroberungen voran. Historiker haben daher die französische Form des Imperialismus häufig als einen *militärischen Imperialismus* bezeichnet.

Im Lande selber bedurfte es jedoch der unablässigen Propaganda von Kolonialvereinen und -komitees, um die Vorbehalte in der Öffentlichkeit gegen den Ausbau des „Empire Français“ abzubauen und immer wieder neue Begeisterung anzustacheln.

Ein Kleinstaat betreibt imperialistische Expansion: Das Beispiel Belgien

Der noch recht junge Staat Belgien hatte zwar keine koloniale Vergangenheit, dennoch keimten auch hier solche Ansprüche. Bevor wir uns aber mit der Kolonialpolitik Belgiens befassen, soll zunächst die innere Entwicklung des Landes beschrieben werden.

Belgien hatte seit 1815 zu den Vereinigten Niederlanden

gehört. Viele Gegensätze bestimmten das Verhältnis der südlichen belgischen zu den nördlichen niederländischen Provinzen, besonders der religiöse zwischen Katholiken im Süden und Protestanten im Norden sowie der wirtschaftliche zwischen industrieorientierten Belgiern und handelsorientierten Niederländern. Die Belgier waren in den höheren politischen und militärischen Stellen benachteiligt. Nur drei von 15 Ministern und Staatssekretären und 400 von 2377 Offizieren im Jahr 1827 waren Belgier. Diese Zurücksetzung, die protestantische Schulpolitik und die Einführung des Niederländischen als allgemeine Amtssprache führten zu wachsendem Widerstand.

Die Juli-Revolution 1830 gab das Signal zum Aufstand in Brüssel. Die katholischen, stärker industrialisierten Südprowinzen der Wallonen und Flamen spalteten sich ab und gaben sich eine liberal-demokratische, parlamentarische Verfassung mit einem Monarchen an der Spitze. International verpflichtete sich Belgien zur Neutralität, die von Großbritannien als Garantiemacht geschützt werden sollte.

Zwar hatten sich die Belgier in nationaler Einigkeit gegen die Niederlande erhoben, aber diese Einigkeit währte nicht lange. Die niederländisch sprechenden Flamen stellten mit zunehmender Heftigkeit die Allgemeingültigkeit der französischen Sprache der Wallonen und des gebildeten Bürgertums in Frage. Und wie in Großbritannien und Deutschland verschärften sich durch die Industrialisierung zunächst die sozialen Spannungen. Besonders deutlich wurden diese, als auch die belgische Industrie von der Großen Depression seit 1873 in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Der in dieser Zeit regierende König Leopold II. sah im Erwerb von Kolonien eine Möglichkeit, diese Probleme zu entschärfen. In einer Rede vor dem Parlament hob er die Vorteile eigener belgischer Kolonien hervor:

Sie werden dort wertvolle Absatzmärkte für Ihre Produkte finden, Waren für Ihren Handel und Platz für alle die Unternehmungen, aus denen wir zur jetzigen Zeit keinen Gewinn ziehen können. Sie werden dort einen geeigneten Platz für unseren Bevölkerungsüberschuss finden und neue Einkünfte für die Staatskasse, die es vielleicht der Regierung eines Tages erlauben werden, nach dem Beispiel der Niederlande die Steuerbelastung im Mutterland zu senken; und schließlich werden Sie einen gewissen Machtzuwachs und eine noch bessere Position im Kreis der europäischen Völkerfamilie erlangen.

Auf dem Weg dahin taten sich für Belgien und Leopold II. jedoch fast unüberwindbare Hindernisse auf. Belgien war ein Kleinstaat, zur Neutralität verpflichtet, ohne größere Armee und vor allem ohne nennenswerte Seemacht. Außerdem sträubte sich die liberale Mehrheit des belgischen Parlaments gegen koloniale Eroberungen. Wie überwand der König diesen Widerstand gegen seine Pläne?

Unbemerkt von den großen Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich hatte er es verstanden, sich persönlich in den Besitz weiter Teile des Kongogebietes in Afrika zu bringen. Eine von ihm gegründete private Forschungsgesellschaft für Afrika und der Amerikaner Henry M. Stanley hatten nämlich nur teilweise die Aufgabe zu forschen, ihr eigentlicher Auftrag bestand darin, Land in der Kongoregion für den belgischen König zu kaufen. Auf der Berliner Kongokonferenz von 1884/85 (siehe S. 239) wurde von den überrumpelten Großmächten der Besitz des belgischen Königs als „Kongo-Freistaat“ anerkannt. Gleichzeitig wurde dieser neue Staat zur Neutralität verpflichtet und zusammen mit Äquatorialafrika zur Freihandelszone erklärt.

Das russische Imperium – Ergebnis der Binnenkolonisation

Im Unterschied zu Großbritannien, Frankreich und Belgien war Russland ein Agrarstaat. Seine Industrie entwickelte sich erst allmählich im europäischen Teil des Landes. Dennoch beteiligte es sich an der imperialistischen Expansion. Russland brauchte sich nicht wie Großbritannien und Frankreich über See auszudehnen; es schob schon seit dem 16./17. Jahrhundert seine Grenzen in den dünn besiedelten asiatischen Raum vor.

Im 19. Jahrhundert drängte die russische Expansion in eine

neue Richtung – nach Süden. Landwirtschaftlich nutzbare Gebiete waren eines der Ziele, ein zweites die Sicherung der offenen Grenzen, ein drittes die Ausdehnung der Macht. Im letzten Drittel des Jahrhunderts gelangten die Russen bis zum Kaukasus und Hindukusch-Gebirge, 1895 schließlich bis zum Hochland von Pamir. Das Russische Reich grenzte nun unmittelbar an Afghanistan, Persien und das Osmanische Reich. Im Osten musste China die Amur-Gebiete abtreten. Hier wurde 1860 der Hafen von Wladiwostok zur Basis der russischen Seemacht im Fernen Osten ausgebaut. Die Transsibirische Eisenbahn reichte um die Jahrhundertwende bis zum Japanischen Meer. Mit den anderen europäischen Mächten ging die russische Regierung zur kolonialen Durchdringung des Chinesischen Reiches über. Die Mandschurei wurde um 1900 russisches Einflussgebiet, und mit Port Arthur sicherten sich die Russen erstmals einen dauernd eisfreien Hafen.

Insgesamt betrachtet, dehnte sich das Russische Reich unkoordiniert aus. Die russische Regierung in St. Petersburg gab meistens nur den Anstoß für die Expansion, die dann vor allem das Werk von örtlichen Zivil- und Militärgouverneuren in den Grenzprovinzen war. Als die Kolonialbewegung in Gang gesetzt war, trieb sie beinahe aus sich selbst heraus immer weiter vorwärts bis an die Grenze des Kontinents.

Das Deutsche Reich – eine „verspätete“ Nation auf dem Weg zur Weltmacht?

Später als Großbritannien, später auch als Frankreich wurde Deutschland ein Industrie- und Nationalstaat. Trotz des späten Starts holte das Deutsche Reich den industriellen Vorsprung der westlichen Großmächte schnell ein, ließ Frankreich bald hinter sich und überrundete auf einigen Gebieten sogar Großbritannien.

Die stürmisch wachsende deutsche Industrie drängte auf die Weltmärkte. War es da nicht konsequent, wenn das Deutsche Reich seine Macht auszudehnen suchte? Viele Deutsche stimmten dem angesehenen Professor Max Weber zu, der in einer Rede 1895 erklärt hatte: „Wir müssen begreifen, dass die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluss und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte.“

Der Nationalismus* hatte 1871 sein Hauptziel erreicht: die Gründung eines deutschen Nationalstaates. Jetzt drängte er über die Grenzen nach außen. 1872 wurde ein Agitationsverein – der „Deutsche Kolonialverein“ – gegründet, der die öffentliche Meinung im Sinne einer aktiven Kolonialpolitik beeinflussen sollte. Bankiers, führende Unternehmer und zahlreiche Gebildete gehörten zu seinen Förderern. Deutschland brauche Absatzmärkte, Rohstoffe und Siedlungsgebiete für seine Überbevölkerung. Deutsche Kultur müsse über die Welt verbreitet werden, wodurch der Nationalstolz und der innere Zusammenhalt der Deutschen gefestigt würden.

Nur einmal griff die Regierung unter Bismarck solche Forderungen auf. Die Kolonialpolitik des belgischen Königs Leopold II. im Kongo gab dazu die Gelegenheit. Bis dahin hatten deutsche Kaufleute wie die Hamburger Brüder Woehrmann oder Abenteurer wie Carl Peters nur als Privatleute Kolonialbesitz in Übersee erworben. 1884/85, in einer

außenpolitisch besonders günstigen Situation, war Bismarck bereit, dem „Handel die Flagge“ folgen zu lassen (siehe S.232, Q 1). Die privaten Kolonialgebiete wurden der „Schutzherrschaft“ des Reiches unterstellt. So sicherte sich Deutschland in den beiden Jahren beinahe seine gesamten Besitzungen in Afrika und in der pazifischen Südsee. Aber diese Aktion blieb in Bismarcks Außenpolitik eine Ausnahme, er konzentrierte sich auf Europa. Dem deutschen Afrikaforscher und Kolonialpolitiker Eugen Wolf sagte er: „Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Russland, und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika.“

Weltmachtpolitik unter Kaiser Wilhelm II.

Der Wandel von der auf Europa konzentrierten Politik zur Weltpolitik erfolgte erst unter Bismarcks Nachfolgern. Im Juli 1890 schlossen Deutschland und Großbritannien den „Helgoland-Sansibar-Vertrag“. Darin wurden Einflusssphären beider Mächte in Afrika festgelegt und die Schutzherrschaft Großbritanniens über die Inseln Sansibar und Pemba formell anerkannt. Dafür erhielt das Deutsche Reich die Nordseeinsel Helgoland. Auf weitere koloniale Ansprüche in Afrika verzichtete das Reich. Der Vertrag löste bei den deutschen Kolonialisten einen Sturm der Entrüstung aus. Deutschland sei bei der Verteilung der Welt zu spät und zu kurz gekommen. Man habe „das große Sansibar für das kleine Helgoland“ getauscht, war die Propagandaformel. Es gelte, nun alles daranzusetzen, gegen eine solche „schlappe“ Politik vorzugehen. Ein neuer, *nationalistischer* Agitationsverein wurde gegründet, der „Alldeutsche Verband“; wieder stand dabei die Schwerindustrie Pate. Der Verband sollte die Masse des Volkes für den Gedanken einer deutschen Weltmachtstellung mobilisieren. Das Deutsche Reich sollte eine offensive Expansionspolitik betreiben.

Deutsche Weltpolitik wurde jetzt zu einem beherrschenden Thema in der Öffentlichkeit. Den Leitsatz formulierte der spätere Reichskanzler von Bülow: „Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“ Die Reichsregierung schwenkte damit auf den Kurs der imperialistischen Expansion ein. 1898 besetzte das Deutsche Reich den Hafen von Tsingtau und das Gebiet von Kiautschou in China, beteiligte sich an der weiteren Durchdringung dieses Landes und gewann noch einige Inseln im Pazifik. Damit war die territoriale Ausbreitung des Reiches beendet, nicht jedoch sein forderndes und waffeklirrendes Auftreten in der Welt.

1900 brach in China ein großer Aufstand gegen den wachsenden Einfluss der Europäer aus. In dieser Situation forderte Kaiser Wilhelm II. zum gemeinsamen Eingreifen unter deutscher Führung auf. Es gehe jetzt um den „Kampf Asiens gegen das ganze Europa“. Die Chinesen sollten von nun an die Deutschen fürchten wie die Europäer vor tausend Jahren den Hunnenkönig Attila. Reden wie die des Kaisers kennzeichneten die imperialistische Hochstimmung in Deutschland. Ihre weitgesteckten Ziele aber waren nicht zu verwirklichen – die Welt war bereits so gut wie verteilt.

Imperialismus und Innenpolitik

Auch innenpolitische Spannungen trieben die imperialistische Expansion an. Im Deutschen Reich trat dieses Motiv seit 1890 – der Entlassung Bismarcks – immer stärker in den Vordergrund. Die Gesellschaft des Kaiserreiches war von dem Gegensatz zwischen Arbeitern einerseits und Adel und Bürgertum andererseits geprägt (siehe S. 184–187). Obwohl die Arbeiter in ihrer gewerkschaftlichen und politischen Arbeit behindert und bekämpft wurden, wuchs ihre Anhänger-

schaft ständig. Darin sahen die herrschenden Gruppen eine Bedrohung. Gegen die Forderungen der Arbeiter nach politischer Mitsprache und gerechter Verteilung von wirtschaftlichem Gewinn sollten alle Kräfte von den Liberalen bis zu den Konservativen gesammelt werden.

Der Bau einer großen Flotte schien der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Führung die Lösung für dieses Problem zu sein. Ihr Bau garantierte der Schwerindustrie steigenden Absatz. Die Großagrarien wurden durch höhere Schutzzölle* auf Getreide für das innenpolitische Bündnis gewonnen. Die Arbeiter sollten durch die allgemeine nationale Begeisterung für Kolonien von ihren politischen und sozialen Zielen abgelenkt werden. Weltpolitik, Flottenbau und Kampf gegen die Sozialdemokratie bildeten in diesem politischen Konzept eine Einheit.

Die öffentliche Propaganda übernahm der 1898 gegründete „Deutsche Flottenverein“, der von der rheinisch-westfälischen und saarländischen Schwerindustrie finanziell gefördert wurde. Der Verein umfasste bald eine Million Mitglieder. Flottenbegeisterung erfaßte die Bürger. Der Matrosenanzug wurde zum beliebtesten Kleidungsstück für Jungen und Mädchen. Und die Politik der Sammlung war erfolgreich, die Flottengelder wurden vom Reichstag bewilligt. Was der Alldeutsche Verband 1890 gefordert hatte, war jetzt reale Politik geworden.

Diese Form des Imperialismus, Sozialimperialismus genannt, war nicht nur ein Merkmal der deutschen Politik. Auch in anderen Ländern wurde die imperialistische Expansion genutzt, um von inneren Schwierigkeiten und sozialen Konflikten abzulenken.

Aus: Hilke Günther-Arndt, Jürgen Kocka [Hg.], Geschichtsbuch 3, Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten, Vom Zeitalter des Absolutismus bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Berlin 1995, S. 226-230.